

Antrag

**an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 7. November 2025**

Verordnung zur Umsetzung der Verordnung bzw. Weiterverordnung von Arzneimitteln nach dem GuKG und MTDG

Im Zuge der Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes wurde die Möglichkeit zur Verordnung bzw. Weiterverordnung von Arzneimitteln durch Angehörige des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege geschaffen. Mit 01.09.2025 trat der § 15b GuKG in Kraft.

Demnach sind nach Abs 1 diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen berechtigt, in den Bereichen Nahrungsaufnahme, Körperpflege, Pflegeinterventionen und -prophylaxen gem Abs 3 Arzneimittel anzuordnen und nach Maßgabe der ärztlichen Anordnung Arzneimittel weiterzuverordnen.

Der Abs 3 regelt, dass der für das Gesundheitswesen zuständige Bundesminister im Verordnungswege festlegen kann, welche Arzneimittel (einschließlich Verabreichungsform) verordnet bzw. weiterverordnet werden dürfen.

Auch im Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-therapeutisch-diagnostischen Gesundheitsberufe (MTDG) finden sich gleichlautende Regelungen, unter anderem in den §§ 8, 9, 11 und 12 sowie in den §§ 19 und 21 MTDG.

Damit die Verordnung bzw. Weiterverordnung von Arzneimitteln gelebte Praxis wird und Rechtssicherheit für die Berufsangehörigen gegeben ist, ist der Erlass der Verordnung durch die für das Gesundheitswesen zuständige Bundesministerin unabdingbar und bedarf einer raschen Umsetzung.

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf, eine Verordnung über die Arzneimittel zu erlassen, welche von den genannten Gesundheitsberufen verordnet bzw. weiterverordnet werden dürfen.